



Beschluss-Protokoll

Amts-dauer 2005 - 2008

29. Sitzung

Dienstag, 2. Dezember 2008, 17.00 bis 20.10 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Claudia Kretz (FDP), Präsidentin

Anwesend 30 Mitglieder

Entschuldigt

Anwesend Stadtrat 7 Mitglieder

Entschuldigt

Traktanden

29.01 Voranschläge und Steuerfuss 2009

29.02 Neue Vorstösse

29.03 Verabschiedungen

29.01

Voranschläge und Steuerfuss 2009

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. September 2008 mit folgenden Anträgen:

1. *Die Voranschläge für das Jahr 2009 der Stadtwerke mit einem Ertragsüberschuss von CHF 3'413'000, des Altersheimes Espel mit einem ausgeglichenen Budget und des städtischen Haushaltes mit einem Aufwandüberschuss von CHF 2'197'425 werden genehmigt.*
2. *Die Steuersätze für das Jahr 2009 werden wie folgt festgelegt:*
Gemeindesteuer 122 % (wie bisher)
Grundsteuer 0.6 ‰ (wie bisher)

Eintretensdiskussion

Gallus Hälgi, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, verliest deren Bericht.

„Ich denke, Sie gehen mit mir einig, dass ein budgetiertes Defizit keine Neuigkeit ist - debattieren wir doch seit Jahren jeweils im Dezember über solche Fehlbeträge. Auch der Tatbestand, dass die effektiven Ergebnisse jeweils wieder mit einem Plus abschliessen, ist irgendwie schon Gewohnheit. Also wieder ein Fehlbetrag im vorliegenden Budget? Ja, diesmal sogar einmal ein wenig höher - über 2 Mio. Franken.

Wie jedes Jahr bedankt sich die GPK bei allen involvierten Personen für die ausführliche und genaue Budgetarbeit. Speziellen Dank geht an den Stadtpräsidenten, Herr Alex Brühwiler, den gesamten Stadtrat und das Finanzamt mit seinem Leiter, Herr Heinz Loretini, welcher auch der Initiant des nun erstmals vorliegenden IAFP ist.

Die Geschäftsprüfungskommission hat den Voranschlag 2009 eingehend geprüft. Unsere Prüfung erfolgte unter Einbezug der bekannten Grundsätze: der Gesetzmässigkeit, des Haushaltsgleichgewichtes, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit, der Nachhaltigkeit der Investitionen, der Verursacherfinanzierung und des Verbotes der Zweckbindung der Hauptsteuern. Unter diesen Gesichtspunkten galt es für uns das Budget neben Detailfragen als Ganzes zu sehen. Bei dieser Gesamtbetrachtung wurden somit die Ausgewogenheit, die Überlegungen des Stadtrates und die wirtschaftliche Nachhaltigkeit miteinbezogen.

Gesamtbetrachtung

Das Budget 2009 präsentiert sich mit einem Gesamtaufwand von 83'614'535 Franken und Erträgen von gesamthaft 81'417'110 Franken mit einem Gesamtanstieg gegenüber den vergangenen Voranschlägen. Die markantesten Anstiege sind in den Bereichen "Behörden, Verwaltung", "Öffentliche Sicherheit" und "Kultur, Freizeit" zu finden. Der voraussichtliche Verlust von 2'197'425 Franken resultiert aber im Wesentlichen aufgrund der budgetierten Zusatzabschreibung in der Höhe von einer Mio. Franken.

Warum wird eine Zusatzabschreibung budgetiert? Wurden doch jedes Jahr im Frühling anlässlich der Debatte über die Überschussverwendung solche Zusatzabschreibungen genehmigt. Der Unterschied zu den Vorjahren: Voranschlagte Abschreibungen müssen getätigt werden, und zwar auch beim Vorliegen eines Defizits, d.h. sollte sich, wie nun auch mit dem Voranschlag 2009 erwartet, ein Verlust vor der Verbuchung der zusätzlichen Abschreibung ergeben, so ist die Buchung trotz allem vorzunehmen. Genau dieses Vorgehen mittels budgetierten Zusatzabschreibungen wurde von der Geschäftsprüfungskommission im Eintretensvotum zur Laufenden Rechnung 2007 für das Vermindern der Reserve für zukünftige Aufwandsüberschüsse vorgeschlagen. Die GPK befürwortet eine Reduktion dieser Reserve um maximal 5 Mio. Franken auf einen Bestand von rund 7,5 Mio. Franken. Der Stadtrat hat diesen Vorschlag in die Tat umgesetzt und bereits im vorliegenden Budget einfließen lassen. Ziel muss es nun sein, über solche Zusatzabschreibungen den heutigen Reservenstand von 12,3 Mio. Franken massgeblich zu reduzieren. Sollten sich aber, wie in der Vergangenheit auch schon vorgekommen, ausserordentliche Einnahmen (z.B. Buchgewinne aus Liegenschaftsverkäufen) ergeben, besteht natürlich die Gefahr, trotz

Zusatzabschreibung, dass die Reserve gar nicht angetastet werden muss. Die GPK ist aber auch unter solchen Gesichtspunkten klar der Überzeugung, dass das Instrument der budgetierten Zusatzabschreibung sinnvoll und vor allem – im Gegensatz zu einer Steuerfussenkung – keine Reduktion der Mittelzufuhr bewirkt und genau diese Mittel für das Tätigen der anstehenden Investitionen genutzt werden können.

Bemerkungen zur Artengliederung

Aus der Artengliederung ist ersichtlich, dass gegenüber der Rechnung 2007 und dem Voranschlag 2008 die Aufwendungen (vor Abschreibungen, Einlagen in Spezialfinanzierungen und interne Verrechnungen) stetig zugenommen haben resp. werden. Die betragsmässig grössten Anstiege sind im Bereich des Personals der Stadtverwaltung und des Sachaufwandes zu finden. Erfreulich ist, dass im 2009 eine Einlage in die Spezialfinanzierung im Bereich Abwasser möglich sein sollte. Dies ergibt sich im Wesentlichen aufgrund der Erhöhung der Abwassergebühren. Infolge der Umgruppierung von Facility Management und Amt für Sicherheit steigen die internen Verrechnungen überdurchschnittlich an.

Auf der Ertragseite wurden die stufenweise eingeleiteten Massnahmen infolge der Revision des Steuergesetzes sowie weitere übergeordnete Vorschriften berücksichtigt. Fraglich bleibt, ob die im September eingetretene Finanzkrise das nun vorliegende Budget massgeblich tangiert, da dieser Umstand bei der Schlusslesung durch den Stadtrat Anfangs September noch nicht, oder sicherlich nicht in dieser Tragweite, zu erwarten war. Diese Frage wird sich erst in den kommenden Monaten beantworten.

Bemerkungen zur Funktionalen Gliederung

Auch in dieser Gliederung machen sich die Umgruppierungen und internen Verrechnungen in den Abweichungen zur Laufenden Rechnung 2007 bemerkbar. Die meisten der einzelnen Abweichungen sind detailliert im Kommentar zum Voranschlag kommentiert. Die Begründungen sind einleuchtend und nachvollziehbar.

Interessant ist die im Kommentar angehängte Aufstellung über die Beeinflussbarkeiten in den einzelnen Bereichen. Vom ganzen "Budget-Kuchen" ist rund ein Drittel, aufgrund bestehender Gesetzgebung und Verträge, gar nicht beeinflussbar. Trotzdem verbleibt im vorliegenden Budget – gemäss Einstufung der Amtsleiter und des Stadtrates – ein kurzfristig beeinflussbarer Teil von insgesamt CHF 13,5 Mio. Franken, hiervon noch stark beeinflussbar CHF 7,7 Mio. Franken, vorhanden. Meines Erachtens muss inskünftig dort betreffend Kostenoptimierung der Hebel angesetzt werden.

Investitionsrechnung

Im kommenden Jahr stehen grosse Investitionsvorhaben an. Dies sind bekanntlich:
das Oberstufenzentrum Buchenwald mit 9,0 Mio. Franken
die Beckensanierung des Freibades mit 1,34 Mio. Franken

Diese beiden Vorhaben ergeben fast die Hälfte der Gesamtinvestitionssumme von 21,2 Mio. Franken im 2009. Die übrigen 10,9 Mio. Franken teilen sich in diverse kleinere Projekte auf. Besonders im Auge zu behalten ist der zukünftige Investitionsbedarf im Bereich der Werterhaltung der städtischen Liegenschaften insbesondere der Schulbauten. Hier werden die Erkenntnisse aus dem Facility Management – sobald sie vorliegen – hilfreiche Dienste erbringen.

Das vor Jahresfrist vom Stadtrat angekündigte Entlastungsprogramm mit diversen vorgeschlagenen Massnahmen hat ebenfalls bereits Einzug im Budget 2009 gefunden. Mit der Realisation einer Desinvestition in der Höhe von einer Mio. Franken wird bereits ein Jahr früher als geplant gerechnet.

Im Weiteren sind hier einzelne im Kommentar abgedruckte Zusatzinformationen erwähnenswert. Einer der ganz informativen (zu finden beim Vorhaben "50413 / Investitionsbedarf Schulanlagen"): "Weitere, noch unbekannte Projekte können aktuell werden?" Die GPK erhofft sich, dass gerade mit dem Einsatz des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans in der Zukunft solche Nichts sagenden Aussagen unterbleiben und der Informationsgehalt steigt.

Stadtwerke

Auf die bisherige Vorab-Ablieferung der Stadtwerke an den städtischen Haushalt in der Höhe von 1,8 Mio. Franken wird im Budget 2009 der Stadtwerke verzichtet. Dies vor allem im Bestreben im nun teilliberalisierten Strommarkt die Netznutzungskosten möglichst verursachergerecht auf die Konsumenten umzulegen. Die neu gültige Gesetzgebung zwingt die Gossauer Stadtwerke konkurrenzfähig und betriebswirtschaftlich zu handeln. Unter diesen Umständen ist der zu erwartende Ertragsüberschuss von rund 3,4 Mio. Franken keinesfalls als zu hoch zu werten. Aus Sicht des Anlagevermögens der Stadtwerke, rund 165 Mio. Franken Wiederbeschaffungswert, resultiert mit dem geplanten Ergebnis eine geringe Rendite von rund 2%. Im Frühjahr 2010 hat dann das Parlament über den Antrag der Gewinnverwendung die Zuweisung an den städtischen Haushalt betragsmässig zu bestimmen. Der Stadtrat erwartet – so im Budget des städtischen Haushaltes ersichtlich – mindestens eine Gewinnablieferung der Stadtwerke von 2,1 Mio. Franken.

Speziell zu erwähnen ist die geplante Äufnung eines neu zu bildenden Energiefonds mit 500'000 Franken. Zugrunde liegt hier das vom Stadtrat ausgearbeitete Energiefondsreglement, welches derzeit durch eine vorbereitende Kommission geprüft wird. Das verfolgte Ziel ist es, diese Rückstellung für den Einsatz erneuerbarer Energien nutzen zu können. Eine kleine Anmerkung meinerseits: Bitte beachten Sie, es handelt sich um eine Rückstellung, d.h. diese Gelder sind nur buchhalterisch zurückgestellt und somit nirgends auf einem separaten Konto auf der Aktivseite der Bilanz zu finden. Hoffen wir also, dass die Flüssigen Mittel bei Bedarf dann auch noch vorhanden sind.

Die Investitionsrechnung 2009 der Stadtwerke weist ein Nettoinvestitionsvolumen von rund 9,7 Mio. Franken aus. Es sind diverse grössere Vorhaben geplant, welche alle detailliert im Kommentar erwähnt sind. Auch hier ist zu bemerken, dass unter Anbetracht der jetzt vorliegenden Anlagebuchhaltungen, die Investitionen für das Instandhalten der Anlagen und Aufrechterhalten des Leistungsauftrages begründet sind.

An dieser Stelle möchte ich mich auch bei Herrn Beat Lehmann, Geschäftsführer der Stadtwerke, für die umfangreiche Budgetarbeit bedanken.

Altersheim Espel

Im Voranschlag 2009 des Altersheims Espel werden erstmals Mietkosten in der Höhe von 60'000 Franken eingesetzt. Diese sind für die Monate Juli bis Dezember 2009 berechnet und ersetzen die früheren Rückstellungen, da von Seiten des Stadtrates erwartet wird, dass bis Mitte des kommenden Jahres die Lösung mit dem Projekt "Public Private Partnership" (kurz PPP) umgesetzt ist. Ansonsten erwartet der Stadtrat im 2009 ein ausgeglichenes Budget ohne Reservenbezug. Grosse Investitionsvorhaben sind nicht geplant.

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan

Ein Integrierter Aufgaben- und Finanzplan, kurz IAFP, was ist das? Ein für Gossau komplett neues Instrument zur Steuerung und Überwachung der Finanzen. Ein Instrument, welches bis heute nur in Städten ausserhalb unseres Kantons im Einsatz ist, dies beispielsweise in Zürich, Oberwil BL, Bülach und Uster. Gossau übernimmt somit bei den St. Galler Gemeinden (die Stadt St. Gallen eingeschlossen) in dieser Hinsicht eine Leaderrolle. Sollte sich dieses Instrument bei uns bewähren, so hat bereits das Amt für Gemeinden Interesse daran bekundet.

Der IAFP wurde anlässlich einer Stadtratssitzung den Mitgliedern der GPK anfangs dieses Jahres in einer "erfundenen" Fassung erstmals präsentiert. Die GPK hat bereits damals den Grundgedanken und die Idee dieses Planes begrüsst und als positiv gewürdigt. Wir sehen in einem IAFP folgende Vorteile:

Der IAFP kommt von der anderen Betrachtungsseite, d.h. er ist losgelöst von den grossen "Zahlen-Friedhöfen", also den klassischen Budgets, und richtet sich in erster Linie nach den von den einzelnen Abteilungen gesetzten Leistungszielen. Die Abteilungen sowie aber auch der Stadtrat werden durch diesen IAFP für das Parlament messbarer, da nicht wie bisher vordergründig Zahlen verglichen, sondern die Arbeitsergebnisse aufgrund der gesetzten Ziele überprüft werden können. Und weiter ist beim IAFP, wie es der Name schon sagt, auch der Finanzplan integriert. Bis anhin war dieser jeweils separat vom Voranschlag dem Parlament zugestellt worden und wir

konnten diesen lediglich zur Kenntnis nehmen. Mit dem IAFP steht es uns offen, auch in den mittelfristigen Finanzplan unserer Stadt einzugreifen und mit zu entscheiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das nun vorliegende Instrument ist noch nicht perfekt; dies sollte uns allen klar sein. Die Erhebung der Daten für ein solches umfassendes Dokument muss zuerst einmal bei den zuständigen Amtsleitern und Stadträten Anklang finden und in die jährliche Arbeit integriert werden. Gerade im Bereich der Zieldefinition können noch Verbesserungen resp. ausführlichere Kommentare erfolgen. Der IAFP 2009 ist ein Versuchsprojekt, d.h. er wurde neben dem allbekannten Voranschlag 2009 erstellt und soll uns in einem Testlauf seinen Nutzen aufzeigen und für seinen zukünftigen Einsatz werben.

Wie bereits erwähnt, begrüsst die GPK die Einführung eines Integrierten Aufgaben- und Finanzplanes. Es würde uns freuen, wenn die Fraktionen unsere Auffassung teilen und in der zurzeit laufenden Vernehmlassung ebenfalls eine positive Wertung zum IAFP dem Stadtrat weiterleiten.

Steuerfuss-thematik und Zuständigkeit der Geschäftsprüfungskommission

Erlauben Sie mir zum Schluss noch einige Worte zur Thematik der Steuerfusspolitik der Stadt Gossau. Wie bereits einige Male in meinen Eintretensvoten verkündet, vertreten ich und die übrigen Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission die Ansicht, dass wir in unserer Funktion nicht über die Höhe des Steuerfusses zu befinden haben. Die Steuerfusspolitik ist aus unserer Sicht klar die Aufgabe des Parlaments.

Nun hat sich aber von Seiten des Stadtrates die Frage gestellt, welches politische Gremium aus den Reihen des Parlaments den Stadtrat-Vorschlag stützt oder eventuell andere Vorschläge unterbreitet. Unter meiner Führung hat die GPK jeweils die vom Stadtrat angebrachten Überlegungen geprüft und die dann vorgeschlagene Steuerfusspolitik als nachvollziehbar gewürdigt. Dies erfolgte in der Ausübung der Aufgabe gemäss Art. 9 Abs. 1 lit. b) des Geschäftsreglements.

Sollte nun das Bedürfnis aufkommen, dass neben dem Parlament sich vorab eine Kommission eingehend mit der Steuerfuss-Thematik oder einzelnen finanzpolitischen Vorlagen auseinandersetzt und diese dann dem Parlament vorlegt – vergleichsweise wie bei der Baukommission –, so sehe ich das korrekte Vorgehen darin, dass jeweils ein Antrag für Zuweisung der Vorlage an die GPK von Seiten des Präsidiums erfolgt. Eine Baukommission erhebt auch nicht von alleine den Anspruch auf Prüfung einer Vorlage. Somit würde man vom Absatz 2 des vorhin genannten Artikels des Geschäftsreglements Gebrauch machen, welcher besagt: "Die GPK kann alle in die Zuständigkeit des Stadtparlamentes fallenden Geschäfte von finanzieller Tragweite überprüfen."

Anträge

Aufgrund der gemachten Ausführungen und in Anbetracht unserer Prüfung und Gesamtbetrachtung unterbreiten wir Ihnen, geschätzte Damen und Herren, als Geschäftsprüfungskommission einstimmig folgende Anträge:

1. Eintreten

Die GPK beantragt auf die Voranschläge 2009 einzutreten.

2. Beschlussfassung

Die Voranschläge für das Jahr 2009 der Stadtwerke mit einem Ertragsüberschuss von CHF 3'413'000, des Altersheimes Espel mit einem ausgeglichenen Budget und des Städtischen Haushaltes mit einem Aufwandsüberschuss von CHF 2'197'425 werden genehmigt.

Die Steuersätze für das Jahr 2009 werden wie folgt festgelegt:

Gemeindesteuer 122 % (wie bisher)

Grundsteuer 0,6 ‰ (wie bisher)"

Stadtpräsident Alex Brühwiler informiert, dass bei den Stadtwerken das Vorhaben Altlastensanierung Gaswerk voraussichtlich nicht 2009 realisiert wird, ebenfalls nicht die Trinkwasserleitung Rüeggetschwil. Die Strompreise sind kostendeckend und transparent. Die Erdgas- und Trinkwasserpreise sind wohl transparent, aber nicht kostendeckend. In der Investitionsrechnung des Städtischen Haushaltes liegt das Schwergewicht bei der Schulanlage OZ Buechenwald und bei der Werterhaltung der Schulanlagen. Ziel ist, das Eigenkapital innert 5 Jahren auf rund 7.5 Mio. zu reduzieren. Die Ausgaben der Stadt stagnieren. Der Anstieg bei den Personalkosten ist wesentlich begründet mit der Übernahme der Sportanlagen von den Stadtwerken, mit dem Ausbau des Jugendsekretariates, oder mit der Übernahme von Aufgaben von anderen Gemeinden. Das Parlament ist angefragt, ob der Steuerfuss konstant gehalten werden soll, oder ob er jeweils an das Budgetresultat angepasst werden soll.

Hanspeter Fröhlich (FDP) attestiert dem Stadtrat gute Arbeit. Störend sind die vielen Kontoverschiebungen. Nicht ganz klar sind die Finanzkompetenzen des Stadtrates bei neuen Ausgaben, hier wird ein Vorschlag des Stadtrates erwartet. Die Fraktion stellt den Antrag, den Steuerfuss um 3 % zu senken. Niedrige Steuern sind wichtig bei der Standortwahl. Regelmässig werden Ertragsüberschüsse ausgewiesen, im Durchschnitt der letzten Jahre in der Höhe von 9 Steuerprozenten. Dem Staat sollen nur die nötigsten Mittel zur Verfügung gestellt werden, der Rest soll beim Bürger bleiben.

Alfred Zahner (FLiG) erinnert an die Ankündigung der SVP, gegen das Budget das Referendum zu ergreifen. Ein Referendum würde dazu führen, dass die Stadt anfangs 2009 nur die gebundenen Ausgaben tätigen dürfte, was der heute schwierigen Wirtschaftslage nicht entsprechen würde. Die beantragte Steuersenkung um 3 % wirkt sich auf die Steuerrechnung des Einzelnen kaum aus, die Stadt verliert aber 1 Mio. Eine Senkung des Steuerfusses ist nicht angebracht.

Albert Lehmann (CVP) findet die Budgetbegründung gut, störend sind aber die Verschiebungen der Konti. Für eine Gesamtbetrachtung wäre es dienlich, die internen und die externen Personalkosten zu berücksichtigen und diese den Leistungen gegenüber zu stellen. Der Steuerfuss soll um 3 % gesenkt werden, weil grosse Reserven vorhanden sind.

Stefan Schmid (SP) ist mit dem Budget grundsätzlich einverstanden, kann aber Steuersenkungen nicht zustimmen. Die GPK soll über den Steuerfuss auch diskutieren und dies nicht allein dem Parlament überlassen. Eine Rezession steht bevor. Die Steuerfussenkungen können nicht wie bisher fortgeführt werden. Das Kantonsparlament hat die Löhne des Kantonspersonals um 3 % angepasst, im Budget der Stadt sind 2 % enthalten. Die Stadt soll auch 3 % gewähren.

Claudia Martin (SVP) ist im Grossen und Ganzen mit den Voranschlägen einverstanden. Das budgetierte Defizit in der laufenden Rechnung 2009 könne aufgrund der hohen Reserven für zukünftige Ausgabenüberschüsse durchaus verkraftet werden. In der Frage des Steuerfusses wird die Ansicht des Stadtrates nicht geteilt. Im Kampf gegen die Rezession sind Steuersenkungen angebracht, um die Konjunktur anzukurbeln. Auch werden so potente Steuerzahler angezogen. In den vergangenen Jahren wurde immer ein Minus budgetiert und in der Rechnung ein Plus ausgewiesen. Die Reserven lassen eine Steuerfussreduktion zu. Die Fraktion beantragt eine Steuerfussreduktion um 5 %.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) freut sich, dass 2 Fotovoltaikanlagen realisiert werden, und die Benützung der Sportanlagen für die Vereine kostenlos wird. Der Steuerfuss soll belassen werden. Die Bedeutung einer Senkung um 3 % oder 5 % wird überschätzt. Beim Wohnsitzentscheid liegt ein tiefer Steuerfuss erst an 7. Stelle der Kriterien. Tiefe Steuern lassen die Bodenpreise steigen. Viel wichtiger sind Investitionen in die Infrastruktur und in das

Kulturangebot. Mit Blick auf den Finanzplan ist eine weitere Steuerfuss-Senkung nicht vertretbar. Sie beantragt Zustimmung zu den Anträgen des Stadtrates.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) stören die vielen Veränderungen bei den Konti. Die Entwicklungen lassen sich nur schwierig verfolgen.

Hans Züst (FDP) möchte dem Staat nicht zu viel Mittel wegnehmen, weil der Staat als Retter in der Not funktionieren muss. Eine Steuerfuss-Senkung um 5 % lehnt er ab.

Stadtpräsident Alex Brühwiler nennt die Gründe für die Kontoverschiebungen. Einerseits sind dies Umorganisationen, andererseits neue Kontierungen im Schulbereich. Der Stadtrat hat für neue Ausgaben pro Jahr 0.5 Mio. zur Verfügung. Eine Änderung der Gemeindeordnung scheint nicht nötig. Eine Senkung um 3 Steuerprozentente bringt dem einzelnen Steuerzahler wenig. Im Jahresabschluss 2008 wird ein erheblicher Buchgewinn aus einem Landverkauf enthalten sein. Die Löhne für das Stadtpersonal sind mit einer Teuerung von 2 % gerechnet. Die Stadt hat, im Gegensatz zum Kanton, keinen Nachholbedarf beim Teuerungsausgleich. Desinvestitionen sind keine Mittelbeschaffung, sondern Aufbrauchen von Substanz.

Detailberatung Investitionsrechnung Stadtwerke

Zu Konto 3901 Sachanlagen.

Ernst Ziegler (SVP) will auf die Sanierung des Gaswerkareals verzichten. Die Sanierung soll erst zusammen mit einem Bauvorhaben realisiert werden. Er stellt folgenden Antrag:

Für die Sanierung Altlasten Areal ehemaliges Gaswerk Parzelle Nr. 4459 soll der Betrag von CHF 1'500'000 gestrichen werden.

Alex Brühwiler beantragt, den Betrag trotzdem frei zu geben für jenen Zeitpunkt, wo ein Bauvorhaben aktuell wird. Dass eine Sanierung ohne ein aktuelles Bauvorhaben nicht in Frage kommt, hat der Stadtrat bereits ausgeführt.

Abstimmung über Antrag Ernst Ziegler (SVP)

Der Antrag ist grossmehrheitlich abgelehnt.

Detailberatung Laufende Rechnung Stadtwerke

Diese wird nicht benutzt.

Detailberatung Laufende Rechnung Altersheim Espel

Diese wird nicht benutzt.

Detailberatung Investitionsrechnung Städtischer Haushalt

Diese wird nicht benutzt.

Detailberatung Laufende Rechnung Städtischer Haushalt

Zu Konto 12170.31418 Spielwiesen

Stefan Harder (FLiG) stellt den Antrag, den Betrag um CHF 4000 auf CHF 21'900 zu erhöhen, um beim Spielplatz Lindenberg Fussballtore zu stellen.

Abstimmung

Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Urs Brülisauer (SVP) findet, dass mit dem Kulturkonzept Bedürfnisse geweckt werden, welche nicht vorhanden sind. Das Konzept ist überladen. Die Stadt zahlt immer noch CHF 68000 an das Stadttheater. Die regionale Zusammenarbeit ist zu berücksichtigen. Er verzichtet auf einen Streichungsantrag, die SVP wird aber künftige Vorlagen des Stadtrates aus dem Kulturkonzept bekämpfen.

Stadtrat Pius Keller weist darauf hin, dass viele Kulturschaffende in Gossau einen wertvollen Beitrag leisten. Es werden keine Bedürfnisse geweckt, welche nicht bereits vorhanden sind.

Stefan Schmid (SP) findet Kultur keinen Luxusartikel. Gossau hat verschiedene Anlässe lanciert, welche zur Standortattraktivität beitragen. Investitionen in die Kultur sind besser als Steuerfussreduktionen.

Melanie Helfenberger (CVP) setzt sich für die Kultur ein. Das Konzept des Stadtrates deckt Bedürfnisse ab. Kultur gehört auch zur Stadtentwicklung.

Urs Brülisauer (SVP) ist sich bewusst, dass das Kulturkonzept erst ein Konzept ist. Er möchte aber Kultur mit Mass und ersucht den Stadtrat, das Augenmass nicht zu verlieren.

Zu Konto 1345 Sportplätze, 1347 Hallenbad, 1348 Sporthalle Buechenwald

Peter Bernhardsgrütter (CVP) sieht einen Anstieg der Personalkosten bei Hallenbad, Sporthalle, Sportplätze um CHF 200'000 innert 2 Jahren.

Stadträtin Madeleine Stuker erklärt. Der Ligaerhalt des FC Gossau erhöht den Aufwand, andererseits sind auch die Einnahmen höher. Beim Hallenbad ist ein Kostenanteil Facility Management eingesetzt. Bei der Sporthalle Buechenwald ist ein Vergleich mit dem Vorjahr nicht möglich, wegen der Pensionierung Hauswart. Es entsteht ein Zusatzaufwand für den Spitzensport des Handballclubs, dieser würde bei einem Abstieg wieder wegfallen. Zusätzlich sind Kostenanteile Facility Management und Liegenschaftsverwaltung eingesetzt. Die Stellenprozente sind fast gleich hoch wie in den Vorjahren.

Zu Konto 1830.3186

Roland Seiler (SVP) erinnert an den Antrag der SVP, für den Kredit Standortmarketing eine vorberatende Kommission einzusetzen. Er hinterfragt den Nutzen der SMO. An die Etappenorte der Tour de Suisse erinnert sich niemand mehr. Die SMO hatte auch von der Produktionsschliessung Happy AG keine Kenntnisse. Standortmarketing ist nach Aussage des Direktors des Bundesamtes für Raumentwicklung nur regional sinnvoll. Er stellt den Antrag, die Position von CHF 200'000 für das Jahr 2009 zurückzustellen. Auf einen Streichungsantrag verzichtet er, damit das Budget 2009 nicht blockiert wird. Die SVP wird anfangs 2009 eine Motion einreichen, um die Zukunft der SMO zu hinterfragen.

Hanspeter Fröhlich (FDP) wendet sich gegen diesen Antrag. Die Aussage Direktors war nicht derart, dass eine lokale SMO keinen Sinn hat.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) wendet sich ebenfalls gegen den Antrag. Eine eigene SMO ist nötig, diese soll mit der Region vernetzt arbeiten.

Albert Lehmann (CVP) weiss, dass alle Städte bestrebt sind, eine eigene Rolle zu leben. Eine eigene SMO ist nötig. Die Zustimmung des Parlamentes zur SMO liegt vor.

Urs Brülisauer (SVP) fragt, ob die Auslagerung der SMO aus der Stadtverwaltung richtig ist, oder nicht. Warum soll nicht die Gossauer Bevölkerung dazu befragt werden?

Patrick Scheiwiller (CVP) stellt fest, dass der SMO 2009 kein Geld zur Verfügung stehen würde, wenn der Kredit ausgesetzt würde. Die Kontinuität der SMO soll noch weitere 4 Jahre erhalten bleiben, nach total 8 Jahren soll über die Fortführung entschieden werden.

Stefan Schmid (SP) fragt sich, wie das Verschieben der Budgetposition realisiert werden soll. Die SMO kann nicht ein Jahr lang eingefroren werden. Der Antrag soll abgelehnt werden.

Stefan Harder (FLiG) erinnert an den Streitwert von CHF 200'000, weniger als 1 Steuerprozent. Wo liegt das Interesse der SVP? Die Wirtschaftsverbände haben alle der SMO zugestimmt.

Bruno Damann (CVP) fragt, wie das Verfahren gehen soll. Wenn das Referendum gegen den Kredit SMO ergriffen wird, dann nur ein Referendum gegen das ganze Budget möglich.

Urs Brülisauer (SVP) möchte sich nicht auf die Stellungnahme der Verbände verlassen. Das Volk wird letztlich bestimmen. Der Antrag lautet, dass der Betrag von CHF 200'000 nicht in der Rechnung 2009 ausgegeben werden soll. Das restliche Budget ist nicht bestritten.

Alex Brühwiler fragt, ob der Antrag auf Rückstellung nun ja oder nein zum Kredit bedeutet. Eine Rückstellung ist ein bilanzrechtlicher Begriff. Der Antrag der SVP ist nicht verständlich. Aufgrund des zustimmenden Parlamentsbeschlusses haben der Stadtrat und die übrigen Träger die Leistungsvereinbarung mit der SMO neu erstellt. Die regionale Zusammenarbeit wird künftig verstärkt, in den Gemeinden sind aber lokale Strukturen nötig. Eine Ablehnung des Kredites wäre ein schlechtes Signal in die Region St.Gallen.

Roland Seiler (SVP) möchte keine Streichung der CHF 800'000, sondern eine Auszeit für 2009 für die SMO, indem die Tranche von CHF 200'000 zurückgestellt wird.

Das Parlament legt eine Pause ein zur Beratung des Antrages der SVP innerhalb des Präsidiums. Im Anschluss daran ist Roland Seiler eingeladen, seinen Antrag zu konkretisieren. Er stellt folgenden Antrag:

Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, die Position 1830.3186 Stadtmarketing CHF 200'000 für das Jahr 2009 bis 31. Mai zurückzustellen.

Abstimmung über bereinigten Antrag:

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Detailberatung Finanzplan (aus IAFP)

Die Diskussion wird nicht benutzt.

Abstimmungen

1. Schlussabstimmung über Voranschläge unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderung:

1. *Die Voranschläge für das Jahr 2009 der Stadtwerke mit einem Ertragsüberschuss von CHF 3'413'000, des Altersheimes Espel mit einem ausgeglichenen Budget und des städtischen Haushaltes mit einem Aufwandüberschuss von CHF 2'397'425 werden genehmigt.*

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

2. Abstimmung über Steuerfuss

2.1 Abstimmung über Senkung um 3 % (auf 119%) oder um 5 % (auf 117%):

Der Antrag auf Senkung um 3 % obsiegt.

2.2 Gegenüberstellung des obsiegenden Antrages mit dem Antrag des Stadtrates auf 122%:

Der Antrag auf Senkung um 3 % obsiegt. Der Steuerfuss beträgt damit 119 %.

3. Abstimmung Grundsteuer

Der Antrag des Stadtrates wird angenommen. Die Grundsteuer beträgt 0.6 ‰ (wie bisher).

Urs Brülisauer (SVP) stellt den Antrag, das Budget dem Ratsreferendum zu unterstellen.

Alfred Zahner (FLiG) warnt, dass über das ganze Budget nicht verfügt werden kann, bis die Volksabstimmung vorbei ist. Das ist nicht zu verantworten bei der heutigen wirtschaftlichen Situation. Ausgabenpositionen sollen nicht so lange blockiert werden.

Stefan Schmid (SP) findet das Verhalten der SVP nicht tragbar. Es ist das ganze Budget blockiert mit einem Referendum, der Antrag soll abgelehnt werden.

Benno Koller (SVP) findet die Situation nicht so schlimm. Vor einigen Jahren hat das Parlament ebenfalls das Budget zurückgewiesen.

Hanspeter Fröhlich (FDP) weiss, dass es dieses Mal wesentlich später würde, bis das Budget rechtskräftig wird, weil bei einem erfolgreichen Referendum eine Volksabstimmung abzuwarten ist.

Urs Brülisauer (SVP): Die SVP hat mit offenen Karten gespielt und hatte nur eine VBK für das Kreditgeschäft SMO gewollt.

Ruedi Zingg (CVP) verweist auf 8 Jahre faire Parlamentsarbeit. Was heute abläuft, spottet der Demokratie. Der Kredit für die SMO ist demokratisch erteilt worden. Der Ton im Parlament sollte ändern.

Abstimmung über Ratsreferendum:

Mehrheitlich abgelehnt.

29.02 Neue Vorstösse

Alfred Zahner (FLiG) „Wahlbeteiligung im Keller“

Claudia Meier-Uffer (FLiG) „Änderung der Gemeindeordnung“

29.03 Verabschiedungen

Am Schluss der Sitzung verabschieden die Fraktionspräsidenten die per Ende 2008 austretenden Parlamentsmitglieder. Es sind dies:

Kempter Urs (CVP)

Lehmann Albert (CVP)

Rindlisbacher Kurt (FDP)

Scheiwiller Patrick (CVP)

Wehrle Robin (FLiG)

Zingg Ruedi (CVP)

Züst Hans (FDP)

Weiter sind seitens des Stadtrates per Ende 2008 folgende Rücktritte zu verzeichnen:

Sprenger Markus (CVP)

Keller Pius (parteilos)

Manser Christian (CVP)

Stuker Madeleine (FDP)

Die Präsidentin



Claudia Kretz

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 8. Dezember 2008 genehmigt.